

Der Vorstand

16. Juni 2020

**Stellungnahme des elternbund hessen e.V. (ebh) zum Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten betreffend „Gesetz zur Stärkung der digitalen Bildung im Hessischen Schulgesetz“, Drucks. 20/2666**

Der elternbund hessen e. V. lehnt den Vorschlag zur Ergänzung des Schulgesetzes ab, weil die Formulierung „Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken“ entschieden zu kurz greift.

Aufgabe der Schule ist „Medienerziehung“ in weitestem Sinne. Dafür brauchen die Schulen nicht nur die technischen Voraussetzungen, sondern auch und vor allem pädagogische Konzepte, Lerninhalte und Methoden.

Für besonders problematisch halten wir den Satz „Im Bedarfsfall können digitale Lehr- und Lernformen an die Stelle des Präsenzunterrichts treten.“ Da bleiben viele Fragen ungeklärt: Wer bestimmt den Bedarf? Wessen Bedarf? Wer entscheidet? Wer betreut, begleitet und beaufsichtigt die Schüler\*innen während der Phasen des digitalen Lernens?

Das Digitale Lernen darf nicht zu mehr Homeschooling mit der bekannten Belastung der Eltern führen, und erst recht nicht zu mehr Bildungsungleichheit!

Und es darf auf keinem Fall genutzt werden um Lehrerstellen einzusparen. Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens sondern auch ein Ort der sozialen Begegnung.

Für den Vorstand



Klaus Wilmes-Groebel, Vorsitzender des elternbund hessen e.V.